

Bericht

des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung (Nr. 161 der Beilagen) betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Gesundheitsfondsgesetz geändert wird

Der Verfassungs- und Verwaltungsausschuss hat sich in der Sitzung vom 8. Februar 2017 mit der Vorlage befasst.

Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi erläutert, dass die gegenständliche Novelle zum SAGES-Gesetz zwei Adaptierungen der Gemeindebeiträge vornehme, die sich aus folgenden Änderungen in Bezug auf einzelne Fondskrankenanstalten ergeben würden: Erstens seien die bisher eigenständigen (Fonds-)Krankenanstalten Zell am See und Mittersill zur Tauernklinik zusammengeschlossen worden, deren Rechtsträger die Tauernkliniken GmbH ist. Zweitens werde darüber hinaus das Krankenhaus Tamsweg nicht mehr durch das Land Salzburg, sondern durch die SALK betrieben. Bezüglich der finanziellen Auswirkungen sei es Ziel der Novelle, die Höhe der Gemeindebeiträge trotz der Organisationsänderungen unverändert zu lassen. Die bisher selbstständigen Krankenanstalten Mittersill und Zell am See seien krankenanstaltenrechtlich zwar fusioniert worden, sollen unter Finanzierungsgesichtspunkten im § 8 des SAGES-Gesetzes aber weiterhin als getrennte Standorte unabhängig voneinander behandelt werden.

Klubvorsitzender Abg. Steidl signalisiert Zustimmung.

Klubobmann Abg. Dr. Schnell erklärt, dass man aus Gründen die man bereits erläutert habe, der Vorlage nicht zustimmen würde.

Der Verfassungs- und Verwaltungsausschuss stellt mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ, Grünen, sowie des Abg. Konrad MBA gegen die Stimmen der FPS - sohin mehrstimmig - den

Antrag,

der Salzburger Landtag wolle beschließen:

Das in der Nr. 161 der Beilagen enthaltene Gesetz wird zum Beschluss erhoben.

Salzburg, am 8. Februar 2017

Der Vorsitzende:
Ing. Sampl eh.

Die Berichterstatterin:
Mag.^a Gutschl eh.

Beschluss des Salzburger Landtages vom 22. März 2017:

Der Antrag wurde mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ, Grüne und der Abg. ohne Fraktionszugehörigkeit Konrad MBA und Fürhapter gegen die Stimmen der FPS, eine Stimme des TSS und der Abg. ohne Fraktionszugehörigkeit Steiner-Wieser - sohin mehrstimmig - zum Beschluss erhoben.